

Deutsche Rundschau

früher Ostdeutsche Rundschau

in Polen

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 1150 M., monatl. 385 M. In den Ausgabestellen vierteljährl. 1050 M., monatl. 350 M. Bei Postbezug vierteljährl. 1155 M., monatl. 385 M. In Deutschland unter Streifband monatl. 25 M. deutsch. — Einzelnummer 25 M. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für Polen und Pommern die 34 mm breite Kolonialzelle 40 M., die 90 mm breite Kaschube 150 M. für das übrige Polen 50 bzw. 200 M. Ausland und Freistadt Danzig 4 bzw. 15 deutsche M. — Bei Platzaufchrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich. — Offerten- u. Auskunftsgebühr 50 M. Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postcheck-Konto Stettin 1847.

Nr. 112.

Bromberg, Dienstag den 13. Juni 1922.

46. Jahrg.

Ponikowski oder Piłsudski?

Auf den Sitzungen des Seniorenbundes am Donnerstag abend und am Freitag wurde hauptsächlich über die Frage beraten, ob man Ponikowski abermals mit der Bildung der Regierung betrauen solle. Für Ponikowski erklärten sich die rechtsstehenden Parteien. Eine Ausprägung der Krise soll dadurch entstanden sein, dass Piłsudski durch einen seiner Adjutanten eitrig der Sejm-Fraktionen angeblich habe mitteilen lassen, dass er eine Aufführung der Kandidaten Ponikowskis als ein gegen ihn gerichtetes Misstrauen votum ausspielen und daraus die erforderlichen Konsequenzen ziehen würde. Es könnte somit infolge einer Kandidatur Ponikowskis aus der Ministerkrise sehr leicht eine Präsidentenkrise werden.

Über die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu Ponikowski wird berichtet:

Abg. Głąbiński erklärte im Namen des Nationalen Volksverbandes, dass seine Partei die Ansicht vertrete, in der gegenwärtigen Zeit sei ein Wechsel des Ministerpräsidenten nicht angebracht und dass man sich infolgedessen für Ponikowski aussprechen müsse.

Die Nationale Volksvereinigung ließ durch Herrn Skulski erklären, dass Ponikowski seitens verschiedener Sejm-Parteien, darunter auch solcher, die gegenwärtig für seine Kandidatur stimmen, nicht die nötige Unterstützung fand. Indem sich seine Partei auch weiterhin für die Kandidatur Ponikowskis ausspreche, bringe sie gleichzeitig in Vorschlag, dass diesen Parteien, die für Ponikowski seien, eine Deklaration niedergelegen, welche es sowohl dem Staatspräsidenten als auch der Regierung und der öffentlichen Meinung sowie schließlich dem Sejm selbst ermögliche, sich dahin zu orientieren, ob die neue Regierung das Vertrauen der Majorität des Sejm bestehen werde oder nicht. Eine Klärung dieser Frage erachte seine Partei für eine Staatsnotwendigkeit.

Der Club für Verfassungsarbeit erklärte, dass er sich für Ponikowski ausspreche, und zwar aus dem Grunde, um die Kabinettskräfte so rasch als möglich zu liquidiern und in der Überzeugung, dass die neue Regierung Ponikowski die Mehrheit des Sejm hinter sich haben und somit auch die erforderliche Autorität besitzen werde, wodurch der Hauptgrund, der zur Krise führte, in Wegfall käme.

Der Bürgerclub erklärte durch Herrn Rosset, dass es ihm nicht auf die Person des Präsidenten sondern auf dessen Programm ankomme. Er spreche sich jedoch rücksichtslos gegen jeden Konflikt aus, der aus den Mauern des Sejm hinausgehen würde.

Die Nationale Arbeiterpartei erklärt sich für Ponikowski, in dem sie einen Präsidenten sieht, der die richtige Durchführung der Wahlen garantiert. Sie erkläre jedoch, dass ihre Aufführung der Kandidatur Ponikowskis nicht als eine Opposition gegen den Staatschef aufzufassen sei.

Die Christlich-Nationale Volkspartei erklärte, dass sie augenblicklich keine Möglichkeit sehe, ein parlamentarisches Kabinett zu bilden und dass sie deshalb, um die Krise so rasch als möglich zu liquidieren, sich für Ponikowski erkläre.

Der Club der kath. Volkspartei: Erste Erklärung: Wir behalten uns die Freiheit des Handelns vor. Wir haben keinerlei Grund, Ponikowski zu unterstützen. Er gibt uns keine Garantie für die unparteiische Durchführung der Wahlen. Zweite Erklärung (seine Stunde später): Wir sprechen uns für Ponikowski aus.

Die Deutsche Vereinigung gab eine Erklärung ab, in der sie scharfe Verwahrung gegen die Minoritätenpolitik des bisherigen Ministerpräsidenten einlegte, trotzdem aber mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage des Staates für das Kabinett Ponikowski eintrat.

Der Jüdische Club, der die Konzeption des Abg. Nataj betreffend einer vorherigen Verständigung mit dem Staatschef unterstützt, spricht sich gegen Ponikowski aus.

Der Städtischen Club erklärt sich für Ponikowski, jedoch unter dem Vorbehalt, dass die Stellungnahme des Clubs sich keinesfalls gegen den Staatschef richtet.

Der Bydgoszcz Club spricht sich gegen Ponikowski aus, weil dieser sich der Volksvereinigung anschloss.

Die Polnische Sozialistische Partei (P. P. S.) sprach sich einstimmig gegen Ponikowski aus.

Die Piasten (Witos-Gruppe) erklärten, dass sie an der Aufführung der Kandidatur des zukünftigen Ministerpräsidenten keinen Anteil nehmen werden.

Das große Vertrauensvotum für Ponikowski.

Das Ergebnis der Versprechungen des Sejm-Marschalls mit den einzelnen Sejm-Parteien lässt sich dahin zusammenfassen: Für Ponikowski erklärten sich: die Nationale Volksvereinigung (82 Stimmen), die Christlich-Nationale Volkspartei (23), die Christliche Demokratie (27), die Nationale Volkspartei (45), die Nationale Arbeiterpartei (25), der Club der Verfassungsarbeit (16), der Bürgerclub (11), der Club der kath. Volkspartei (7), die Städtischen Gruppe (12) und die Deutsche Vereinigung (7), insgesamt 256 Stimmen. Gegen Ponikowski waren: die Piasten (91), die Partei der Polnischen Sozialisten (34), die Wizyteniegruppe (24), der Volksrat (5) und die Juden (10), zusammen 164 Stimmen.

Gerüchte.

Seitens der Volkspartei wurden Gerüchte verbreitet, dass die in den Vordergrund gerückte Kandidatur Herrn Ponikowskis sehr leicht äußerst weitgehende Konsequenzen an anderen Regierungsstellen hervorrufen könnte. Der Club der Verfassungsarbeit erklärte gegenüber den erhobenen Vorwürfen, die Beziehungen zwischen Frankreich und Polen hätten eine Verschlechterung erfahren, er habe sich in dieser Angelegenheit an den französischen Gefangen Herrn Panafieu gewandt und von diesem die Antwort erhalten, dass die Beziehungen zwischen Frankreich und Herrn Skurzynski keinerlei Änderung erfahren hätten. Hervorzuheben wären die Gerüchte,

dass das Projekt bestehe, nach dem Muster der Berliner Regierung eine Hauptkommission zu bilden, der es obliegen sollte, die allerwichtigsten politischen Fragen an Stelle des Seniorenbundes zu erledigen.

In Kreisen, die dem Belvedere nahestehen, wird — dem „Kurier Poznański“ zufolge — als einer der Gründe des Konflikts zwischen dem Staatschef und der Regierung Ponikowskis der Umstand angegeben, dass in letzter Zeit immer deutlicher zutage trat, dass gewisse Gruppen Herrn Ponikowskis als Kandidaten für den Posten des Präsidenten der Republik Polen aufstellen wollen. Dieser Umstand soll, nach Ansicht der dem Belvedere nahestehenden Kreise, die von der Idee durchdrungen sind, dass der einzige natürliche Kandidat nur die Person des gegenwärtigen Staatschefs sei, der Grund zur Erbitterung des Staatschefs gewesen sein.

Die letzten Ereignisse.

Trotz des überwältigenden Vertrauensvotums hat Ponikowski die Bildung eines neuen Kabinetts endgültig abgelehnt. Die Parteien erklären, dass sie sich mit der Stellungnahme ihrer Vertreter im Seniorenbund nicht einverstanden erklären. Piłsudski hat sämtliche Parteiführer am Sonntag abend zu einer Ratsprache gebeten. Am Montag will der Staatspräsident, der anscheinend der Sieger im Streit geblieben ist, dem Sejm ein neues Ministerium (Volksparteier und Sozialisten) in Vorschlag bringen.

Die Zukunft der evangelischen Gemeinden in Polnisch-Oberschlesien.

Das soeben in Genf von den Bevollmächtigten der beiden Staaten unterzeichnete deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien enthält in den Artikeln 84 bis 90 Bestimmungen über Religionsfreiheit und kirchliche Verhältnisse, die für die Zukunft der evangelischen Gemeinden in dem an Polen fallenden Gebiet grundlegend sind. Die wichtigsten davon lauten:

Die Religionsgesellschaften, die Kirchen- und Kultusgemeinden sowie die geistlichen Gesellschaften verwalten und leiten ihre Einrichtungen und Angelegenheiten in voller Freiheit innerhalb der Schranken der Gesetze, die zur Wahrung der öffentlichen Ordnung und der guten Sitten erlassen werden. — Sie sollen in dem freien Gebrauch der Sprache nicht gehindert werden (Art. 86), insbesondere nicht darin, diejenigen Mitglieder, die einer nationalen und sprachlichen Minderheit angehören, in Gottesdienst, Unterricht usw. in ihrer eigenen Sprache zu bedienen. — Im Rahmen der allgemeinen Gesetze beruhen sie ihre Geistlichen, Beamten, Gemeindehelfer, Schwestern, Diakonissen usw. selbständig. — Soweit sie zu einer religiösen Minderheit gehören, ist es ihnen gestattet, diese Personen aus dem Ausland zu berufen; die zu Berufenden brauchen ihre Staatsangehörigkeit nicht zu wechseln (87). — Den Religionsgesellschaften, den Kirchen- und Kultusgemeinden sowie den geistlichen Gesellschaften steht es frei, auch über die Staatsgrenzen hinaus rein kirchliche Beziehungen zum Zweck gemeinsamen Handelns auf dem Gebiete des Bekenntnisses, der Lehre des Kultus und der Liebestätigkeit zu unterhalten und zu diesem Zweck Gaben ihrer Gläubigen gegen im Ausland anzunehmen (88). — Die Geistlichen werden ohne Unterschied ihrer Herkunft und ihrer Sprache in der freien Ausübung ihrer Tätigkeit nicht behindert werden (89).

Mit diesen Feststellungen dürfte den oberschlesischen evangelischen Gemeinden dasjenige Maß von Freiheit und Selbständigkeit zugestanden sein, dessen sie zur Erhaltung ihres religiösen und nationalen Bestandes und zu einer ertragreichen Tätigkeit bedürfen. Das Haupgewicht ruht zweifellos auf Artikel 88, der den jetzt bestehenden rechts- und verwaltungsmäßigen Zusammenhang der oberschlesischen Gemeinden mit der Kirche der altpreußischen Union, ihrer Mutterkirche unter den Schutz eines völkerrechtlichen Abkommens stellt und damit vor jeder Amtstätigkeit durch die neuen Landesherren sichert. Unter diesem Gesichtspunkt gerade reicht die grundlegende Bedeutung des deutsch-polnischen Vertrages weit über das oberschlesische Abtretungsgebiet hinaus und lässt die Erwartung, dass die kirchlichen Verhältnisse auch in unserem bereits früher abgetretenen Teilstaate in dieser Weise geregt werden, um so berechtigter erscheinen.

Aus der Kaschubei.

Im Kampfe um Pommern und um Danzig muss sich — nach der Meinung des „Kurier Poznański“ (Nr. 132) — unsere Außenpolitik vor allem auf die Bevölkerung dieses Landes, die Kaschuben, stützen. Die Unabhängigkeit dieses Volkes an dem Glauben, an die Muttersprache und besonders an dem neuerrstandenen Staat hat sich schon zu preußischer Zeit gezeigt. Es gibt in ganz Pommern keinen Volksteil, der mit solcher Anbrunst an Polen hängt. Der beste Beweis dafür waren schon früher die Wahlen zum Deutschen Reichstag und Preußischen Landtag. Für den letzteren haben von drei Abgeordneten aus Pommern die Kaschuben zwei geliefert. Die vier kaschubischen Kreise bilden für unseren Staat die kräftigste Stütze, die mit allen Kräften gepflegt werden muss.

Die linksradikale (?) Politik unserer Behörden hat indessen im ehemals preußischen Teilgebiet und vor allem in der Kaschubei in den letzten zwei Jahren viel mehr Schaden angerichtet als das preußische System in zwanzig Jahren. Der größte Fehler war die überzeitige Besiedlung der politischen Unifikation dieses Gebietes mit den anderen Teilen. Die Deutschen und die Juden können sich über die Folgen dieses Ereignisses

Danziger Börse am 12. Juni.

(Börslicher Stand um 10 Uhr vorm.)

Poln. Mark 7,45—7,50

Dollar 314

Amtliche Devisentabelle des Vortages siehe Handels-Rundschau.

vor Freunde die Hände reichen. Die Kaschuben haben an diesen Folgen besonders schwer zu tragen. Es gibt keinen Menschen in ganz Kaschubien, der wirtschaftlich die Folgen dieser Politik nicht zu spüren hätte. Ganz besonders schädlich für die Interessen Polens in Pommern war das Verhalten des früher dort garnisonierenden Offizierkorps. Endlich erinnern wir an die Klagen über den kleinpolnischen Bureaucratismus, der durch kleinpolnische Beamte in diesen Gebietsteil hineingetragen wurde. Diese Kleinlichkeit bringt die besten Leute oft zur Verzweiflung, weil sie die Persönlichkeiten nicht individuell behandelt, sondern als fehlloses Objekt. Es fehlt bis heute unser Behörden jede systematische Organisation, die an das deutsche System erinnert. Deshalb die allgemeine Unzufriedenheit der kaschubischen Bevölkerung, die sich oft in einer Weise äußert, die unserer nationalen Würde schadet.

Die Deutschen haben sich sehr schnell mit unserer Lage bekannt gemacht und stellen sich in Reih und Glied. Sie nehmen ihre Stellungen ringsherum ein, wenn auch nicht gerade sichtbar, so doch sehr planmäßig. Soweit wir unterrichtet sind, haben die Deutschen schon immer ringsherum und mitten drin in der Kaschubei gesessen, weit länger als die Polen, die heute dort leben. Die Deutschen hat man jetzt allerdings sozusagen dezimiert. Ganz systematisch nutzen sie zu allererst die Unzufriedenheit der Leute aus, die die Unifikation mit sich gebracht hat. An verschiedenen Orten beginnen sie sogar einen herausfordernden Standpunkt einzunehmen (aber bitte, wo?), da sie sehen, wie die tölpelhafte polnische Politik die Leute sehend und kritisch macht.

Die Deutschen in Pommern haben aufgehört, ihre Besitzungen zu verkaufen, sie legen sogar neue Unternehmungen an. Mit besonderer Sorgfalt umgeben sie die Kaschuben. Diese werden mit deutschen Zeitungen übermittelt. Deutsche Zeitungen gibt es in Kartaus (Skarszewo) Weißerow und Berent. Der Leserkreis dieser Zeitungen nimmt nicht ab, sondern wird immer größer, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil viele Polen diese Zeitungen lesen (oder weil sie Blätter von der Art des „Kurier Poznański“ nicht mehr vertragen können).

Offensichtlich wie das Zeitungswesen entwickelt sich in Pommern der deutsche Handel und die deutsche Industrie, vor allem der Großhandel. Die polnischen Kaufmännischen Kreise sollten diese Entwicklung mit Aufmerksamkeit verfolgen. Es greift die eigentümliche Meinung um sich, dass der Deutsche und der Jude im Vergleich zum Polen mit einem geringeren Gewinn aufzutreten sind. Daraus zieht die deutsche, sogar die jüdische Kaufmannschaft Vorteile. Weiterhin sind die Deutschen in verschiedenen Vereinen wirtschaftlich kräftiger. Bezeichnend ist es, dass die deutschen Gewerke Pommerns sich mit dem großpolnischen Verbande nicht vereinigen wollen; nur eine großpolnische Zweistimmeneinheit hat die Frage zugunsten Polens entschieden. (Ein herrlicher Sieg!) Am 28. und 29. Mai fand eine Tagung der Hausbesitzer in Dirschau statt. Sie stand unter der Leitung des deutschen Abgeordneten Büdke. Selbstverständlich wurden die Verhandlungen in deutscher Sprache geführt, und von polnischer Seite ist kein Protest erhoben worden. (Bravo!) Man fühlte sich in die alten preußischen Zeiten versetzt, in denen neue Staatsbürger fremder Nationalität in den ersten Jahrzehnten nach ihrer Abtreten völlige Gleichberechtigung sogar eine eigene Verwaltung hatten. Wir freuen uns aufrichtig, dass der „Kurier Poznański“ endlich diese historische Tatsache anerkennt.

Gewerbesteuer-Gesetz und Genossenschaften.

Nach dem neuen Gewerbesteuergesetz vom 17. I. 1922 muss man zwei Arten von Steuerpflichtigen unterscheiden:

1. Die zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten.
2. die nicht zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten.

Die zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Steuerpflichtigen haben eine dreifache Steuer zu entrichten:

- a) Die Grundgewerbesteuer durch Auskauf eines Gewerbescheins,
- b) eine Kapitalsteuer,
- c) eine Gewinn- + Prozesssteuer.

Die Genossenschaften gehören nach der ausdrücklichen Vorschrift des Art. 66 des Gesetzes und des § 17 der Ausführungsverordnung zu den zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen. Es sind dort ausdrücklich benannt „Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht und Genossenschaftsvereine“. Die Genossenschaften haben also die oben erwähnten drei Arten von Steuern zu entrichten.

Davon interessieren uns insbesondere zunächst einmal die Grundgewerbesteuern, weil diese bis zum 30. 6. 1922 entrichtet werden müssen. Zwecks Entrichtung ist von der zuständigen Steuerbehörde eine Zahlungs-Deklaration und eine spezielle Declaration gemäß Art. 42 des Gewerbesteuer-Gesetzes abzufordern und nach Ablösung bei der Finanzkasse einzureichen. In diese Declaration trägt der Steuerpflichtige selbst die Höhe der Grundgewerbesteuer ein, die er seiner Ansicht nach zu entrichten hat. Bei Abgabe der Declaration in der Finanzkasse ist gleichzeitig die Steuer zu entrichten, wobei gemäß Art. 43 des Gesetzes auch die Kommunalabgaben, die nach Art. 187 des Gesetzes bis zu 100 Prozent betragen können, zu denen gegebenen-

falls noch weitere 25 Prozent zugunsten allgemeiner gewerblicher Unternehmungen, wie Handelskammern, Schulen und dergl. hinzutreten, hinzugeschlagen werden. Hinzuzuführen ist, daß für Polen und Pommern nach Artikel 158 des Gesetzes eine Herabsetzung der Grundsteuer je einer um 25 Prozent vorgesehen ist.

Gegen Rückgabe der Deklaration und Bezahlung der Grundgewerbesteuer erhält der Steuerpflichtige von der Finanzkasse ein Gewerbezeugnis (Gewerbeschein) ausgestellt, das er nach Art. 46 des Gesetzes an sichtbarer Stelle in seinem Betrieb aufzuhängen hat. Durch ein entsprechendes Schild ist außerdem an allen gesondert liegenden Stellen des Betriebes auf den Aushang des Gewerbescheines aufmerksam zu machen.

Nach Art. 18 des Gesetzes unterliegt jeder Betrieb der Grundgewerbesteuer, d. h. sowohl Hauptgeschäfte als auch Filialen. Der für das Hauptgeschäft gefaßte Gewerbeschein umfaßt also nicht den Betrieb der Filialen, sondern die Filialen müssen einen besonderen Gewerbeschein für sich selbst erwerben. Der Absatz 2 des Art. 18 schreibt dabei vor, daß Genossenschaftsfilialen einen Gewerbeschein zu lösen haben, der stets um eine Kategorie niedriger ist, als ihn der Hauptbetrieb erhält hat.

Zu beachten ist ferner, daß nicht nur der Betrieb als solcher, sondern auch die von ihm unterhaltenen Lagerräume steuerpflichtig sind. Freigegeben sind dabei zur steuerfreien Benutzung:

- für Betriebe 1. Kategorie 3 Lagerräume,
- für Betriebe 2. Kategorie 2 Lagerräume,
- für Betriebe 3. Kategorie 1 Lagerraum.

Auch für diese Lagerräume muß jedoch nach der Auskunft zu Art. 19 ein besonderer kostenloser Gewerbeschein gelöst werden. Soweit aber mehr Lagerräume als eben als steuerfrei bezeichnet, unterhalten werden, muß für jeden ein besonderer Gewerbeschein gelöst werden. Der Artikel 23 des Gesetzes erklärt dann, was als besonderer Lagerraum betrachtet werden muß. Er lautet:

„Als besonderer Lagerraum werden offene und geschlossene Räume mit einem besonderen oder mehreren Eingängen betrachtet, wenn er sich auch aus mehreren mit einander verbundenen Zimmern zusammensetzen sollte, die nicht zur Führung des Handels und des Gewerbes dienen, sondern ausschließlich zum Aufbewahren, Trocknen, Reinigen, Sortieren, Braken, Umladen und Verpacken von Waren. Keller oder Eiskeller, die bei einem Handelsbetriebe ausschließlich zur Aufbewahrung von Gegenständen, die einem schnellen Verderben unterliegen, dienen, werden nicht als ein besonderer Lagerraum betrachtet.“

Von Wichtigkeit für unsere Betriebsgenossenschaften und Ein- und Verkaufsvereine ist noch der Artikel 33, der folgendermaßen lautet:

„Handelsunternehmen, die sich mit dem Auf- und Verkauf aller Art Rohstoffe des Inlandes, von Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft, sowie auch von Haustieren und Geflügel beschäftigen, ist es gestattet, Kontore, Lagerräume und eingefriedigte Plätze entsprechend der Kategorie, der sie mit Rücksicht auf die Zahlung der Gewerbesteuer angehören, in folgenden Orten und in folgender Zahl zu unterhalten:

- 1. erste Kategorie — eine unbeschränkte Anzahl von Kontoren, Lagerräumen und eingefriedigten Plätzen — überall;
- 2. zweiter Kategorie — ein Kontor und nicht mehr als fünf Lagerräume und eingefriedigte Plätze, von diesen zwei steuerfrei — im Kreise, in dem sich das Kontor befindet und innerhalb der Grenzen der Nachbarkreise;
- 3. dritter Kategorie — zwei Lagerräume oder eingefriedigte Plätze, von diesen einer steuerfrei — im Bezirk desjenigen Ortes, in dem der Eigentümer des Unternehmens ständig wohnt;
- 4. vierter Kategorie — ein steuerfreier Lagerraum oder ein eingefriedigter Platz — im Bezirk desjenigen Ortes, in dem der Eigentümer des Unternehmens ständig wohnt.“

In vorstehendem ist wiederholt von einer Gewerbesteuerkategorie gesprochen worden. Dazu muß bemerkt werden, daß das Gesetz sämtliche Handelsunternehmungen in fünf Steuerkategorien einteilt. Nach § 3 der Ausführungsverordnung gehören genossenschaftliche Vereinigungen sowie Spar- und Darlehnsklassen nach der Höhe ihres Anlagekapitals

über 20 Millionen Mark zur 1. Kategorie
über 5 Millionen Mark zur 2. Kategorie
über 1 Million Mark zur 3. Kategorie
bis zu 1 Million Mark zur 4. Kategorie.
Außerdem ist das ganze Reich in Ortssteuer-Klassen eingeteilt worden in der Weise, daß gehörten zur Klasse I: die Städte Posen und Bromberg,
II: die Städte Gnesen, Graudenz, HohenSalza, Thorn, die Kreise Posen und Bromberg,
III: die Städte Strasburg, Culm, Kolmar, Czarnikau, Soldan, Gordon, Gdingen, Mewe, Gostyan, Grätz, Jarotschin, Lissa, Lubom, Mogilno, Nakel, Neutomischel, Neumark, Dobrin, Adelnau, Pleschen, Ostrau, Schildberg, Birnbaum, Pužig, Rawitsch, Tempelburg, Neuskalmierzyce, Schmiegel, Schrimm, Schröda, Stargard, Strelno, Schwed, Samter, Schubin, Dirschau, Tuchel, Briesen, Wongrowitz, Neustadt, Witkow, Wollstein, Wirsitz, Bentzien, Gmin,

IV: sämtliche anderen Orte.

Die Gewerbesteuer bemüht sich nun sowohl nach der Kategorie als auch nach der Steuerklasse, und zwar derart, daß zu bezahlen ist:

- 1. für die Handelsbetriebe selbst:
 - die 1. Kategorie: in allen Ortsklassen: 166 000 M.
 - die 2. Kategorie: in der 1. Ortsklasse: 52 000 M.
 - die 2. Kategorie: in der 1. Ortsklasse: 52 500 M.
 - in der 2. Ortsklasse: 32 500 M.
 - in der 4. Ortsklasse: 22 500 M.
 - die 3. Kategorie: in der 1. Ortsklasse: 15 000 M.
 - in der 2. Ortsklasse: 12 000 M.
 - in der 3. Ortsklasse: 10 000 M.
 - in der 4. Ortsklasse: 7 500 M.
 - die 4. Kategorie: in der 1. Ortsklasse: 4 250 M.
 - in der 2. Ortsklasse: 3 250 M.
 - in der 3. Ortsklasse: 2 500 M.
 - in der 4. Ortsklasse: 1 250 M.
- 2. für ihre Lagerräume:
 - die 1. Kategorie: in allen Ortsklassen: 16 800 M.
 - die 2. Kategorie: in der 1. Ortsklasse: 5 250 M.
 - in der 2. Ortsklasse: 4 250 M.
 - in der 3. Ortsklasse: 3 250 M.
 - in der 4. Ortsklasse: 2 250 M.
 - die 3. Kategorie: in der 1. Ortsklasse: 1 500 M.
 - in der 2. Ortsklasse: 1 250 M.
 - in der 3. Ortsklasse: 1 000 M.
 - in der 4. Ortsklasse: 750 M.

Eine jede Genossenschaft hat also an der Hand der oben mitgeteilten Aufstellungen zu prüfen:

1. Wie hoch ist mein Anlage-Kapital (eingezahlte Geschäftsbanteile und Reserven)? Danach bestimmt sich die Kategorie.

2. Zu welcher Ortsklasse gehört der Ort, der die Genossenschaft angehört, an dem ich meinen Betrieb habe?

3. Aus diesen beiden Feststellungen zusammen läßt sich dann nach der vorhergehenden Liste leicht ablesen, wieviel der Hauptbetrieb und seine Lagerräume zu entrichten haben, während die Filialbetriebe jeweils, wie oben erwähnt, eine Kategorie tiefer als der Hauptbetrieb, die Grundgewerbesteuer entrichten müssen, wobei sie jedoch auch wieder zu prüfen haben, ob sie nicht etwa in eine andere Ortsklasse fallen als der Hauptbetrieb.

Hypothekenschulden der Vorwriegszeit.

Eine bedeutungsvolle Entscheidung.

Der höchste Gerichtshof in Warschau hat die Frage: „Wie sind die Vorkriegshypotheken-schulden zu bezahlen?“ durch folgenden Spruch von größter Tragweite entschieden:

„Gläubiger der Vorkriegszeit sind nicht verpflichtet, die Zahlung der Hypotheken-schulden in polnischer Mark anzunehmen, und haben auch nicht die Pflicht, die Hypothek im Grundbuch zu löschen.“

Dieser Ausspruch, der eine Umwälzung in den bisherigen Verhältnissen bedeutet, die bekanntlich zulassen, daß der Schuldner sich der Schulden auf eine billige Weise entledigen darf, hat — wie wir dem „Pos. Tagbl.“ entnehmen — den bekannten Krakauer Juristen Dr. Roman Bogdani veranlaßt, mit einem Vorschlag hervorzutreten. Er verlangt ein Moratorium für die Gläubiger, sowie für die Schulden. In welcher Valuta und in welcher Höhe die Vorkriegsschulden zu bezahlen sind, das soll eine besondere Bürgerkommission bestimmen. Sollten sich Gläubiger und Schuldner vor einer solchen Kommission nicht einigen können, so soll die Hypothek bis zum Verkauf des betreffenden Grundstücks oder bis zum Ableben des Besitzers bestehen bleiben. Es wäre angebracht, daß sich der Sejm mit dem Spruch des höchsten Gerichtshofes, sowie mit dem Vorschlag Dr. Bogdanis näher befassen möchte.

Republik Polen.

Zur Übernahme Oberschlesiens.

Auf der am Donnerstag nach der Ministerkrise abgehaltenen Sitzung der Sejmabgeordneten wurde das am 3. d. M. zwischen Polen und Deutschland abgeschlossene Sonderabkommen in der oberschlesischen Frage nach einem Referat des bevollmächtigten Vertreters Polens für die oberschlesischen Verhandlungen, Dr. Sedja, in allen drei Lesungen angenommen.

Ein interessiertes Geschenk an Polen.

Der Verteilungsausschuß der feindlichen Mächte, der über das ehemals preußische und deutsche Eigentum zu beschließen hatte, teilte dem Danziger Senat seine Entscheidung über die Verteilung des Post-, Telegraphen- und Fernsprechmaterials in Danzig mit. Danach wurden Polen zugeteilt sechs Telegrafenleitungen in der Richtung nach Dirschau und je eine in der Richtung nach Neustadt, Karthaus und Stargard, ferner drei Fernsprechleitungen in der Richtung nach Dirschau und je eine Leitung in der Richtung nach Neustadt, Karthaus und Stargard. Alle übrigen Telegrafen- und Fernsprechleitungen wurden der Freien Stadt Danzig zugeordnet. Polen erhält auch das Eigentumsrecht an den Teilen des Kanals Danzig-Thorn, der sich auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig befindet. Die Fernsprechzentralen erhält Danzig, vorbehaltlich der Verpflichtung, für die polnische Regierung eine Anzahl Sende- und Empfangsapparate zu liefern, die der Zahl der Polen überreichten Telegrafenleitungen entspricht. Danzig muß ferner den Dienst auf allen Linien unter den gegenwärtigen Bedingungen sicherstellen, bis die polnische Regierung imstande ist, den Betrieb der ihr zugeteilten Linien selbst durchzuführen.

Weiterer Sieg der deutschen Listen bei den Kirchenwahlen in Kongresspolen.

Bei den Wahlen für die Synode der evangelischen Kirche in Kongresspolen haben die Deutschen abermals gezeigt, daß sie sich mit der Politik ihres Generalsuperintendenten Bursche durchaus nicht für solidarisch erklären, denn außer in der Trinitatiskirche zu Loda sowie in Szieradz erlitt die Burschepartei eine Niederlage auch in den Städten: Bduńska-Wola, Bielskam, Konin, Plesz, Wysogrod, Rypin, Lipno, Luck sowie Konstantynow bei Loda. Also ein Sieg der Deutschen fast auf der ganzen Linie!

20 Prozent Lohnerhöhung für die Staatsbeamten.

Der Finanzminister erließ ein Rundschreiben, daß den Staatsbeamten vom 1. Juni ab eine Erhöhung ihres Gehalts um 20 Prozent ausgezahlt werden soll.

Der Streit der Telefonistinnen in Warschau ist nach Bewilligung einer Zulage von 15 Prozent zu dem bisherigen Gehalt sowie nach Regelung der Urlaubsfrage beigelegt.

Vom Eisenbahnaministerium wurden in Deutschland 40 neue Lokomotiven zum Preise von 44 900 000 Mark pro Stück angekauft.

Deutsches Reich.

Blutiger Ausgang der Hindenburg-Demonstration.

Königsberg i. Pr., 12. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Bei den gestrigen Kundgebungen für den Feldmarschall v. Hindenburg kam es zu bedauerlichen Zwischenfällen. Von linkenradikalen Parteien wurde, wie angekündigt, eine Gegenkundgebung veranstaltet. Man versammelte sich in der Nähe der Anmarschstraße, auf der das Militär aus der Kaserne ausrückte. Die Straße sollte nach Verabredung mit dem Polizeipräsidium am Vormittag für die Truppen frei sein. Dieses Versprechen wurde jedoch nicht gehalten. Bei dem Anmarsch der Truppen kam es zu Zusammenstößen zwischen den Linkenradikalen und Reichswehrmannschaften. Ein besonders planmäßiger Angriff richtete sich gegen die 2. Abteilung des Art.-Regts. Nr. 1 in der Königsallee mit der zweifelsohne Absicht, die Truppen zu entwaffnen. Mit Stöcken und Steinen wurde gegen die letzten Truppen der Abteilung vorgegangen. Einem Unteroffizier wurde der Karabiner entrissen, mehrere Mannschaften wurden tatsächlich missbraucht. In dem entstehenden Handgemenge war die Truppe gezwungen, zur Waffe zu greifen und wehrte sich teils mit dem Kolben, teils mit aufgespanntem Seitengewehr. Hartbedrängte Mannschaften mußten von der Schußwaffe Gebrauch machen. Eine Person wurde durch einen Bajonettschlag getötet. Mehrere Demonstranten sind durch Oberschüttelgeschüsse verwundet worden. Der Rückmarsch erfolgte ohne Feuerungen.

Poincarés wahres Gesicht.

Ministerpräsident Poincaré hat französischen Pressevertretern versichert, nach seiner Ansicht brauche man es nicht tragisch zu nehmen, wenn die internationale Anleihe jetzt nicht zustande komme. Wenn Deutschland durch eine Finanzkombination seine geladenen Reparationschulden mobilisieren könnte, würde es den Verbündeten kaum mehr möglich sein, zur Erzwingung der dauernden Abrüstung Sanktionen zu verhängen. Die Besetzung des linken Rheinufers würde bei einer solchen Regelung gleich aufgehoben werden müssen. Auf jeden Fall sei es für Frankreich vorteilhaft, seine alten Rechte preiszugeben. Poincaré bezeichnete es als nicht empfehlenswert, die Frage des gegenseitigen Schuldenerlasses unter den Verbündeten aufzurollen. Er meinte, England würde Bedingungen stellen, die für Frankreich unannehmbar seien und Frankreich diese dabei Gefahr, sich in den Augen Amerikas zu kompromittieren.

Nach einer Meldung aus Moskau haben Krupp und Stinnes nach Abschluß eines Abkommens mit den Sowjets eine Reihe russischer Industriewerke gekauft. Das Konsortium soll die Arbeiten der Metall- und Munitionsfabriken überwachen und neue bauen. Seine Tätigkeit dehnt sich über ganz Russland aus.

Aus anderen Ländern.

Die englische Antwort auf das französische Memorandum.

Paris, 12. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Gestern morgen ist im französischen Auswärtigen Amt die englische Antwort auf das Memorandum vom 1. Juni eingetroffen, nach dem die französische Regierung die Voraussetzungen für die Teilnahme an der Konferenz im Haag festgelegt hat. Die französische Hauptforderung, daß Rußland das Memorandum vom 11. Mai zurückzuziehen habe, wird jetzt abgelehnt mit dem Bemerkung, daß es schon durch die Verhandlungen von Genua überholt sei. Die Note erhebt gegen das französische Memorandum den Vorwurf, daß es um rein formeller Dinge willen den französischen Notwendigkeiten keine Rechnung trage und im übrigen nicht ganz mit dem Grundzettel von Cannes und Genua übereinstimme. Der von den Sowjets beschlagnahmte Privatbesitz müsse zurückgestattet und angemessen entschädigt werden, aber man würde von der Sowjet-Regierung nicht mehr verlangen als von jeder anderen Regierung. Wenn man Rußland ein Ultimatum stellen sollte, verhindere man jeden Erfolg der Haager Verhandlungen und mache sie direkt überflüssig. Die englische Note betont noch, England werde Sachverständige nach dem Haag entsenden, aber es würden sich keine diplomatischen Vertreter darunter befinden.

Der sterbende Löwe.

Dem in Berlin erscheinenden „Golos Rossii“, dem Organ der Sozialrevolutionäre, teilte eine soeben aus Moskau in Berlin eingetroffene, gut informierte Persönlichkeit mit, daß Lenin tatsächlich infolge eines Schlags anfallsschwerig geworden ist. Man beschäftigt sich bereits lebhaft mit der Frage der Nachfolgerwahl. Trotki und auch Sjnowin und Kamnen kämen nicht in Frage, da sie nicht die Sympathien der führenden Kommunisten besitzen. Dagegen werden die Namen Ossinski, Preobrajenski und Semascho viel genannt. Allgemein ist die Stimmung unten den Bolschewisten wegen Lenins Krankheit sehr gedrückt und zerfahren.

Zwischen Finnland und Rußland ist ein Vertrag abgeschlossen worden, worin beide Staaten sich gegenseitig die Unverletzbarkeit der bestehenden Grenzen garantieren und beiderseits der Grenzen Kommissionen einzurichten, die die genaue Ausführung des Vertrages zu überwachen haben.

Die französische Kammerkommission für das allgemeine Stimmrecht hat mit großer Mehrheit die Einführung der allgemeinen Wahlpflicht beschlossen.

Kleine Rundschau.

* Der Bergmann-Bismarck. Im Mansfeldischen war weit über die Grenzen seiner engeren Heimat hinaus ein Bergmann bekannt, seinen bürgerlichen Namen Schmidt kannte fast kein Mensch; man nannte ihn allgemein den „Bismarck“. Das war aber kein Spitzname, es war schon mehr ein Ehrenname; denn Schmidt hatte eine fabelhafte Ähnlichkeit mit dem ersten Kanzler des Deutschen Reiches. Er war auch nicht wenig stolz auf diese Ähnlichkeit und fühlte sich stets über die Anrede „Bismarck“ gleichermächtig. Die Ähnlichkeit trieb ihn dazu, in allen äußerlichen Dingen es dem Alten von Friedrichsruh gleichzutun. Er versuchte, den Gang nachzuhauen, er trug einen großen schweren Schlapphut, ließ sich den Bart wie Bismarck stehen, und da er aus Bildern gesehen, daß der Kanzler fast kahl war, ließ er sich des Schmuckes der Haare berauben; sogar eine Dogge hielt er sich und bezahlte fröhlich unterschiedliche Geldstrafen für das läßige Tier. Alles, was über Bismarcks äußere Persönlichkeit gedruckt war, sammelte er gewissenhaft, und erzählte es eines Tages am Stammtisch, er habe beinahe das Gewicht des großen Mannes — es fehlten nur drei Pfund. Ein anderer Bergmann aber, dem das „Getue“ längst von Herzen zuwider war, fragte mit der unschuldigen Miene: „Die drei Pfund, — die fehl'n d'r wohl im Gehirne (Gehirn)!“

* Eine Verhaftung unter eigenartigen Umständen wurde kürzlich in Athen vorgenommen. Ein gewisser Chilonet, der in einem Pariser Bankinstitut angestellt war, hatte dieser Bank Gelder in der Höhe von 800 000 Franken untergeschlagen und war eines Tages spurlos verschwunden. Die Pariser Polizei wurde nun davon verständigt, daß Chilonet mit seiner Frau ganz vergnügt in Athen niedergelassen hatte. Er hatte sich dort für 160 000 Francs eine Villa aus rosa Marmor gekauft, zu deren „Einweihung“ er ein großartiges Fest veranstaltete, dessen Höhepunkt ein Kostümball bildete, zu dem alle Gäste in altgriechischer Tracht erscheinen mußten. Er selber und seine Frau traten als Agamemnon und Clytemnestra auf. Die Pariser Polizeikommissare Leroy und Hauser verschafften sich ihrerseits ebenfalls Zutritt zu dem Fest, wo sie als Paris und als Kalchas erschienen. Gegen 7 Uhr früh, als die Gäste nach einer toll durchzogenen Nacht eben aufbrechen wollten, näherten sich Kalchas und Paris dem Agamemnon und seiner Clytemnestra und überreichten ihm einen Haftbefehl. Das überraschte Paar wurde in das Athener Polizeigefängnis eingeliefert.

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Gestellungen und Einläufen sowie Offeren, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlich auf dasselbe beziehen zu wollen.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 12. Juni.
Pfingstfreizeiten.

Vom 3.—8. Juni fanden an drei Stellen unseres Landes Pfingstfreizeiten statt, die der evangelische Verband zur Pflege der weiblichen Jugend veranstaltet hatte. Die eine, die größte, versammelte in Binsdorf, K. G. S. Gubin, 52 Mitglieder der Posener Jungfrauenvereine, zu denen noch über 50 aus dem Binsdorfer Verein hinzukamen. Auch mehrere Mitglieder des Jugendbundes für entschiedenes Christentum und sogar einige Wandervögel waren vertreten.

Grüntes Arbeiten, Bibelbesprechungen und dieses Eingehen auf wichtigste Lebensfragen wechselten ab mit weihevollen Feiern und Andachtsstunden in der pfingstlich geschmückten Kirche, mit jugendlichen Spielen und Gesängen in Wald und Wiese.

In Górkachowina hatten Herr und Frau von Gustorf in dankenswerter, lebenswürdiger Weise die Teilnehmerinnen an der zweiten Freizeit aufgenommen, an der 18 junge Mädchen teilnahmen. Der Freizeitvater Superintendent Smend-Lissa führte in seinen täglichen Bibelbesprechungen den Gedanken durch, wie der Pfingstgeist im persönlichen Leben wirken und es von Grund auf neu gestalten will. Fräulein Ernst-Posen zeigte in ihrem Vortrag, wie die christliche Jugendbewegung, im Gegensatz zur idealistischen Kraft und Leben nicht von sich selbst nimmt, sondern aus der Gnadenhand Gottes. Fräulein Schoenecker-Posen zeichnete das Bild Bischofs des eisernen Kanzlers. Neben diesen ernsten Vertiefungsstunden genoss die Jugend, die aus arbeitsreichen Berufen kam, in vollen Zügen das Freizein vom Alltag.

Die dritte Freizeit hat in Volkau-Bindhof, K. Briefen in Westpreußen, stattgefunden, um auch den pommerschen jungen Mädchen Gelegenheit zum inneren Zusammenschluss zu geben. Alle Teilnehmerinnen haben viel innere Werte ins Leben mitnehmen können. spv.

Stier Auswanderer. Der Fürsorge-Kommissar beim deutschen General-Konsulat Posen in Bromberg teilt mit: „Die Münze von Edelmetallen oder aus Edelmetallen hergestellten Schmuck- und ähnlichen Gegenständen bedarf einer besonderen Genehmigung des Delegaten des Finanzamtes. Die Auswanderer haben daher mit ihren sonstigen Papieren einen diesbezüglichen Antrag in doppelter Ausfertigung und gestempelt von der zuständigen Verwaltungsbehörde mitzubereichen.“

Apotheken und Krankenkassen. Über einen Konflikt zwischen den Apotheken und der Ortskrankenkasse Posen berichten die „Pos. N. N.“ folgendes: „Die schon seit langer Zeit zwischen Apotheken und Krankenkassen bestehenden Differenzen haben jetzt dazu geführt, dass die Apotheker der Ortskrankenkasse nicht mehr gegen Kredit liefern. Der Grund hierfür ist wohl darin zu erblicken, dass die Apotheker in der Voraussicht, es handle sich um die Zukunft ihres Berufs, beziehen den Kassen entgegentreten in deren Bestreben, die Versorgung ihrer in Posen nach Beauftragenden zählenden Mitgliedschaft selbst in die Hand zu nehmen, zu monopolisieren, und sich weiterhin über geschlossene Vereinbarungen hinwegzusetzen. So sollen die Apotheken sich darüber beklagen, dass seit Monaten ihre Rechnungen nicht reguliert werden, wohingegen die Kasse

stets weitergehende Pläne in Erwägung zieht. Ob solche Kassenapotheke rentabel und ein Vorteil für das Kassenpublikum sind, das soll die Zukunft lehren. Nach den bisherigen Erfahrungen ist es jedoch zu bezweifeln. Vielleicht ist auch die jetzige Zeit zu kostspieligen Experimenten nicht ganz geeignet. In diesem Kampfe ums Dasein haben die Apotheker angekettet in richtiger Erfassung der Sachlage sich trotz gewisser Differenzen voll und ganz aufsetzen ihrer Chefs gestellt. Zu bedauern ist, dass wieder einmal das Kassenpublikum der Leidtragende Teil dabei ist, was bei der jetzigen tiefen Zeit schwer ins Gewicht fällt. Wie der entbrannte Streit zwischen den Apotheken und der Kasse ausgehen wird, steht noch dahin. Der Verband der Ärzte soll vermittelet und einzutreten versucht haben, es ist jedoch nicht bekannt, mit welchem Erfolg.“

Neue Maßnahmen im polnischen Bahnverkehr. Auf der vor kurzem abgeschlossenen Tagung der Direktoren der Tarifabteilungen bei den polnischen Eisenbahndirectionen wurde die Bildung eines „Central-Nachforschungsbureaus“ zur Aufstellung falsch geleiteter Sendungen beschlossen. Alle falsch geleiteten Sendungen und Gepäckstücke werden in einem Lager vereinigt. Da erfahrungsgemäß fast alle falsch geleiteten Sendungen von den dazu gehörigen Dokumenten „abgekommen“ sind, werden dorthin auch die isoliert auf den einzelnen Stationen eintreffenden Begleittypen gesandt. Dort erfolgt die Vereinigung der Sendungen mit ihren Belegscheinen und die Aufgabe ersterer an den richtigen Bestimmungsort. Auch wurden gewisse Änderungen der Vorschriften über die Beförderung von Lebensmitteln als Gepäck“ vorgeschlagen. Es wurde gewünscht, dass Lebensmittel in kleinen Mengen, wie Milch, Geleitgel, Gemüse, Eier und alle Milchprodukte in die Wagen dritter Klasse mitgenommen werden können. Dadurch werde die Ernährung der ärmeren Bevölkerung in den Städten wesentlich erleichtert werden.

Erhöhung der Schornsteinfegegebühren. Die Lehrlohnrate für Bromberg vom 25. November 1921 ist nach amtlicher Mitteilung mit Zustimmung des Magistrats um 50 Prozent, und zwar rückwirkend vom 1. April d. J. erhöht worden.

Vereine, Veranstaltungen etc.

■ Janus. Dienstag, den 13., abends 8 Uhr. I. nos Esperanto-Verein. Allgem. Versammlung morgen 17 Uhr, Kordeckiego 1a. Jeder Esperantist muss erscheinen! 1922

* * *

tz. Schulz (Solec), 10. Juni. Der neue Sommerfahrradplan hat für Schulz manche Nachteile im Verkehrsleben gebracht. Es ist z. B. sehr unheilvoll, dass der leichte Personen-Abendzug von Bromberg nach Thorn schon um 7.26 Bromberg verlässt. Der nächste Zug in gleicher Richtung geht dann um 4 Uhr morgens. Die schnelle Schnellzugverbindung ist allerdings vorhanden, aber sie kommt für Schulz nicht in Betracht. Das Einlegen eines Triebwagens oder eines Güterzuges mit Personenbeförderung in der Zwischenzeit würde den „Schönheitsfehler“ des Fahrplans sofort beiseitigen. Das Interesse der Geschäftswelt und der gesamten Bevölkerung, der es bei dieser unüblichen Zugverbindung unmöglich gemacht wird, an Veranstaltungen mannigfachster Art wie Theater, Konzerten usw. in Bromberg teilzunehmen, wenn nicht gerade die ganze Nacht gefahren werden soll. Die Eisenbahnverwaltung würde sich sicherlich des Dankes der Allgemeinheit erfreuen, wenn sie hier helfen möchte.

* Knowrock, 10. Juni. Der landwirtschaftliche Verein „Kujawien“ hält am letzten Mittwoch seine Juniusfeier ab. Direktor Wenzel berichtete über die

durch den Hauptbauernverein erfolgte Gründung einer „Frisch-Hoffmeyer-Stiftung“, deren Zweck die Ausbildung von Landwirtschaftlern sein soll. Der Aufforderung zur Beihaltung von Beiträgen für diese Stiftung folgten die Mitglieder folge. Sodann sprach Verbandsdirektor Landeskonomiker Dr. Wegener über „Roggenwährung“. Aus dem Valutachaos können wir uns leicht retten, wenn wir als Wertmaß den Roggen annehmen. Die Ausführungen des Redners wurden mit großem Beifall aufgenommen. Es folgte nun eine äußerst interessante Aussprache. Oberst von Hendebreck wies darauf hin, dass die Idee der Roggenwährung nicht neu sei und dass in früheren Jahren beispielweise das Ausgedinge in einer bestimmten Anzahl von Scheffeln Roggen und dgl. festgesetzt worden sei; hätte man auch in neuerer Zeit an diesem bewährten System festgehalten, dann gäbe es heute keine Not der Pensionäre, Rentner usw. Im weiteren Verlauf der Aussprache wurde betont, dass eine Roggenwährung, die durch Produktionsab- oder Zunahme ebenfalls Schwankungen unterworfen sein könnte, nur in Frage käme, so lange die jetzigen Walutaverhältnisse herrschen. Die Roggenwährung sei also kein Universal, sondern ein Hilfsmittel. Nach Beendigung der Aussprache über Roggenwährung ergriff Dr. Krause-Bromberg das Wort zu seinen wertvollen Ausführungen über „Mittel und Wege zur Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten“. Redner ist der Leiter des Instituts für Pflanzenschutz in Bromberg, Goethestraße 27, dessen Gründung durch den Hauptbauernverein jeder deutsche Landwirt begrüßen wird.

* Posen (Poznań), 10. Juni. Ein heiteres Vorprogramm wird dem „Pos. Tgl.“ aus der Provinz berichtet. Macht da im Vorraum vor dem Fahrtartenhalter ein aus Galizien eingewanderter polnischer Geschäftsführer seinem gepreisten Herzen Lust darüber, dass noch so viele Fremde in der Gegend seien; die müssten alle raus, und zwar die Deutschen nach Brandenburg, die Juden nach Palästina. Ein daneben stehender jüdischer Herr wendet sich höflich an ihn und sagt auf polnisch: „Sofort mein Herr“, und im Schalter bestellte er sogleich mit vernehmlicher Stimme: „Bitte eine Fahrkarte nach Palästina über Galiläa und eine bitte für diesen Herrn nach Galizien“. Dröhnedes Gelächter verfolgte den „Patrioten“, in das auch die anwesenden polnischen Mitbürger herhaft einschritten.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

* Endikuhnen, 10. Juni. Ein wertvoller Fund wurde vor einigen Tagen direkt am Ufer des Grenzflusses Repobne auf deutscher Seite gemacht. Arbeiter fanden dort eine vergrabene Kiste, die ein riesiges Schreibzeug enthielt. Auf einer etwa 90x49 Centimeter großen Marmortafel, die eine Stärke von etwa 10 Centimeter hat, ruht das Schreibzeug, das mit einem großen russischen Adler aus Gold verziert ist. Schätzungsweise hat das Fundstück, das unversehrt geborgen werden konnte, einen Wert von 800 000 M. bis 1 Million Mark.

Hauptchriftleiter: Gottbold Starke; verantwortlich für Republik Polen; i. B.: Hermann L. Martin; für die übrige Politik: Gottbold Starke; für „Stadt u. Land“ und den anderen redaktionellen Teil: Karl Bendisch; für Anzeigen und Nekrolen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

Um einen Andrang zu vermeiden, bitten wir das geehrte Publikum, Eintrittskarten schon vor Beginn der Vorstellungen zu lösen!
Anfang: 6.15 und 8.15 Uhr abends.

Kino „Liberty“
Die letzte Tagesserie

,ATLANTYDE“

Torfsteckmaschinen und Torfpressen

in bestbew. Konstruktion und solider, kräftiger Ausführung empfohlen
Masch.-Fabr. F. Eberhardt, Bydgoszcz.

Feuerfeste Ziegeln

Feuerfestigkeit Beger-Regel 30)
liefer in jeder Menge die Dampfziegelei
Mats Smolin,
Wiela Rozia, pow. Rępno.

Lederhandlung u. Schäfte-Stepperei
August Floret,

vormals
Rohstoffgenossenschaft der Lederkonsumenten
zu Bydgoszcz.

ulica Jezuicka 14 Neue Pfarrstraße 14

Ia Sohlleder

in 1922

Hälfsten, Croupons u. Abfälle, Ausschnitte,
Gattlerleder, Leder für Pantoffelmacher.

Schuhmacher- u. Gattler-Handelswaren.

Anfertigung von Schäften nach Maß
sowie sämtliche Stepperei - Arbeit
sauber, prompt bei äußerster Berechnung.

Wir empfehlen uns zur
Anfertigung geschmackvoller

Druckarbeiten

bei mäßiger Preisberechnung

A. Dittmann S. H.

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

Statt Karten!
Charlotte Hoffmann
Albert Kirchhoff
Verlobte.
Erin. Prangenau.

Ihre am 10. d. Mts. stattgehabte
Vermählung geben hierdurch bekannt
8955 Jost Orienter
und Frau Elsbeth geb. Bentert.

Am 10. Juni 1922 verschied nach drei-
tägiger Krankheit infolge ausgestandener
Ang und darauffolgender Herzähmung
durch Überfall meine innig geliebte Frau,
unsere herzensgute unvergessliche Mutter

Anna Schwarzrock

im Alter von 46 Jahren.

Im Namen der trauernden
Hinterbliebenen:

Franz Schwarzrock, Ehemann
Grete Schwarzrock, Tochter
Will Schwarzrock, Sohn.

Bydgoszcz, den 11. Juni 1922. 8932

Der allmächtige Gott nahm Sonntag vormittag nach
langem Krankenlager durch einen sanften Tod unsere liebe
Tochter und Schwester 8959

Marta

im Alter von 24 Jahren zu sich in die ewige Heimat.

In tiefer Trauer

Familie Nieseldt.

Bromberg, den 12. Juni 1922.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag um 4 Uhr
von der Halle des alten Rath. Friedhofes aus statt.

Beileidsbesuche dankend verbieten.

Zu jedem annehmbaren Preise Hüte und Garnituren

in großer Auswahl. Umarbeitungen schnell und schick.

Blumen. :: Blumen.

Niedzwiedia 4 Martha Kührle, Spezial-
Bärenstraße 4 Martha Kührle, Puschgeschäft. 4994

Getreidemäher

Orig. Mr. Cormick und Dolberg

Heurechen „Torpedo“

ganz Automat: 28, 32 u. 36 Z.

sofort lieferbar. 8921

Józef Szymczak,

Landwirtschaftliches Maschinenlager,

Bydgoszcz, Dworcowa Nr. 84. Telefon 11-22.

Buchführungs- Unterricht

Maschinenschreiben,

Graphitographie, 702

Bücherabfusse usw.

G. Vorreau, Bücherrevi.

Jagiellońska (Wilhelm-

straße) 14. Tel. 1259.

Wer erteilt Dame, g. förd.

russischen Unterricht?

Zulieferungen unter 8. 8747

a. d. Gesch. d. J. erbeten.

Junge Dame wünscht

Unterr. in deutsc.

Hansdorffrespond. (Abend-

it.) O. u. A. 8755 a. d. G. d. J.

702

Von Paul Maiwald,

Garbary 33.

Führwerk

ist zu haben.

7032

Von Paul Maiwald,

Garbary 33.

Torf

oberösterreichische u. dombow.

Kohle, Holz

Stein gehauen und raum-

meterweise sowie

Buchen-Holzholz

en gros und détail zu

mäßig. Preisen empfiehlt

Ja. „OPAL“

ul. Dworcowa 18 d

(Bahnhofstr.)

Telefon 1285.

9922

Verloren

am Sonnabend, d. 10. 6.

gegen 6 Uhr abends ein

schwarzer Led. Polsterst. a.

Motorrad a. d. Wege Na-

sielsko Wilczak bis Rejt.

Schüler. Wiederher. erh.

gute Belohnung. Hofmann

ul. 20. Stycznia 20 r. (Goe-

thestr.) 27 1. 8962

Bestätigung von 9 Uhr ab.

8943

Wets Wojciechowski,

früher Max Rohde,

Versteigerer und Taxator,

Kontor: Jagiellońska 3/4, Hof, Quergebäude, I Tr.

Telef. 1851 u. 51

8611

Ich habe Telephonanschluß

Nr. 1387

erhalten.

Holzhauer, prakt. Tierarzt,

ul. Gdańsk 23, I L.

876

Josef Jelenowksi.

8921

Die Bekleidung, die ich

gegen Fr. Emma Schild-

hauer ausgeprochen habe,

nehme ich hiermit reue-

voll zurück.

876

Josef Jelenowksi.

8926

Die Bekleidung, die ich

gegen Fr. Emil Schild-

hauer ausgeprochen habe,

nehme ich hiermit reue-

voll zurück.

876

Josef Jelenowksi.

8926

Die Bekleidung, die ich

gegen Fr. Emil Schild-

hauer ausgeprochen habe,

nehme ich hiermit reue-

voll zurück.

876

Josef Jelenowksi.

8926

Die Bekleidung, die ich

gegen Fr. Emil Schild-

hauer ausgeprochen habe,

nehme ich hiermit reue-

voll zurück.

876

Josef Jelenowksi.

8926

Die Bekleidung, die ich

gegen Fr. Emil Schild-

hauer ausgeprochen habe,

nehme ich hiermit reue-

voll zurück.

876

Josef Jelenowksi.

8926

Die Bekleidung, die ich

gegen Fr. Emil Schild-

hauer ausgeprochen habe,

nehme ich hiermit reue-

voll zurück.

876

Josef Jelenowksi.

8926

Die Bekleidung, die ich

gegen Fr. Emil Schild-

hauer ausgeprochen habe,

nehme ich hiermit reue-

voll zurück.

876

Josef Jelenowksi.

8926

Die Bekleidung, die ich

gegen Fr. Emil Schild-

hauer ausgeprochen habe,

nehme ich hiermit reue-

voll zurück.

876

Josef Jelenowksi.

8926

Die Bekleidung, die ich

gegen Fr. Emil Schild-

hauer ausgeprochen habe,

nehme ich hiermit reue-

voll zurück.

876

Josef Jelenowksi.

8926

Die Bekleidung, die ich

gegen Fr. Emil Schild-

hauer ausgeprochen habe,

nehme ich hiermit reue-

voll zurück.

876

Josef Jelenowksi.

8926

Die Bekleidung, die ich

gegen Fr. Emil Schild-

hauer ausgeprochen habe,

nehme ich hiermit reue-

voll zurück.

876

Josef Jelenowksi.

8926

Die Bekleidung, die ich

gegen Fr. Emil Schild-

hauer ausgeprochen habe,

nehme ich hiermit reue-

voll zurück.

876

Josef Jelenowksi.

Bromberg, Dienstag den 13. Juni 1922.

Ein Programm für Minderheitspolitik.

Das große Ereignis der Tagung der Völkerbündigen in Prag war die Annahme der Resolution des Engländer Sir Willoughby Dickinson über den Schutz der völkischen Minderheiten, die dem Völkerbundrat zur Besprechung und Annahme unterbreitet werden soll. Befürchtlich haben die Vertreter Polens und der kleinen Entente dieser Resolution ihre Stimme versagt.

In der Motivierung seiner Resolution betont Dickinson, daß in 12 Staaten mit 105 Millionen Einwohnern, welche den Vereinbarungen über den Schutz der Minoritäten unterworfen sind, die nationalen Minoritäten die Zahl von 25 Millionen, das ist fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung, ausmachen. Diese Tatsache allein berechtigt zu der Behauptung, daß die Behandlung der Minoritäten eine Frage von allgemeinstem Interesse ist, welche als Frage der inneren Administration dieses Staates einfach nicht gelöst werden kann. Das Recht jeder Minorität auf gleiche Behandlung in rechtlicher und sachlicher Beziehung interessiert die ganze Menschheit, die Geschichte liefert uns Beweise, daß die Frieden der Welt oft durch die Ungerechtigkeiten und Unverträglichkeiten gegenüber den Minoritäten gestört wurde. Es scheint, daß in keinem Lande die Minoritäten zufriedengestellt sind. Soweit die Unzufriedenheit den Staatsgelehrten oder deren Durchführung von Seiten der Majorität zugeschrieben werden kann und nicht aus einem Mangel an Bosnalität bei den Minoritäten selbst resultiert, wäre es ratsam, sie zufriedenzustellen, selbst wenn es zu diesem Behufe notwendig wäre, einige nationale Opfer besonders in der Sprachenfrage zu bringen. Der Geist der Toleranz und der Gerechtigkeit und des Wohlwollens von Seiten der Majorität in der Staatsverwaltung und bei der Durchführung der Gesetze wird ihr selbst nur zum Vorteil gereichen, die Vereinigung aller Nationalitäten in den gemeinsamen Patriotismus wird dem Staate den inneren Frieden, den Zusammenhalt und die regelrechte Entwicklung sichern. Es werden also der Konferenz zur Beschlusssitzung folgende Anträge empfohlen:

1. Eine allgemeine Resolution über die Behandlung der Minoritäten. Da in der Mehrzahl der Staaten sich Minoritäten befinden, welche von der Mehrheit der Bevölkerung sich durch Rasse, Religion oder Sprache unterscheiden, da in den anderen Ländern ansehnliche Brüder der Einwohnerschaft derselben Sprache, wie die dieser Minoritäten sich befinden, und da die Bedingungen, denen diese Minoritäten unterworfen sind, deshalb einen rein internationalen Charakter tragen; da für die Gerechtigkeit und den Weltfrieden wichtig ist, daß alle Brüder der zivilisierten Gesellschaft frei und aufrechterhalten sind; da schließlich bei der demokratischen Regierungsform, wie sie die Mehrheit der zivilisierten Staaten besitzt, die Staatssoberherrschaft in den Händen der Mehrheit liegt und da diese Staatssoberherrschaft ungerecht und im Widerstreit mit den Interessen der Minoritäten ausgeübt werden kann, ist es notwendig, daß alle Staaten untereinander gegenseitige Verpflichtungen eingehen, durch welche sie allen rassischen, sprachlichen oder religiösen Minoritäten sichern:

a) Garantien gegen jede Art von Spezialgesetzgebung, welche den Minoritäten zum Nachteil gereicht,

b) gleiche Behandlung vor den Gerichten und in administrativen Angelegenheiten,

c) Freiheit des Gebrauchs der eigenen Sprache beim Unterricht und bei der Ausübung der Religion, sowie im öffentlichen und privaten Leben,

d) die Achtung von Seiten der Majorität an den Sitten und Gewohnheiten der Minderheit, soweit sie nicht im Widerstreit stehen mit der allgemeinen Ordnung im Staate.

2. Die Einhaltung der Verträge. Da in der gegenwärtigen Zeit kein wirkliches Mittel zur Unterstützung der Verträge, welche zum Schutz der Minoritäten abgeschlossen wurden, existiert, da in den bereits abgeschlossenen Verträgen einige Staaten die Verpflichtung angenommen haben, den Völkerbund als Beschützer der Minoritätsrechte zu betrachten und da die in diesen Verträgen enthaltenen Vorbehalte dem Völkerbund hinderlich sind; da der ständige internationale Gerichtshof heute konstituiert ist und zum Erstellen von Gutachten in Fragen, welche ihm durch den Rat oder die Vollversammlung eingesetzte wurden, kompetent ist, so ist die Liga der Ansicht, daß der Völkerbundrat die Ausgabe haben sollte, festzuhalten, ob die Verpflichtungen, welche in den Verträgen niedergelegt sind, eingehalten werden, alle Fälle der Nichtinhaltung der Verträge dem internationalen Gerichtshof vorzulegen, die Ansichten des Gerichtshofes über die vorgelegten Fälle entgegenzunehmen, und wenn irgend ein Staat diese Ansicht nicht beachten würde, dem Völkerbund Vorkehrungen vorzuschlagen, welche nach seiner Meinung die Einhaltung der Verträge sichern würden.

3. Lokales Selbst-Gouvernement (Selbstregierung). Da die Grundsätze der Demokratie sowohl und allgemeine Anerkennung des Rechtes auf lokale Selbstregierung erfordern, ist es notwendig, daß in allen Staaten, wo Minoritäten der Rasse nach nebeneinander leben, in bestimmten Gruppen und hinsichtlich gleichartig, daß diese Minoritäten mit der größtmöglichen Autonomie ausgestattet werden, welche sich mit der öffentlichen Ordnung des Staates verträgt.

4. Die Tätigkeit des Völkerbundes. Da einige Staaten ihre Zustimmung erklärt haben, daß die Rechte der Minoritäten auf ihrem Gebiete durch den Völkerbund garantiert werden, da es wichtig ist, daß die Belästigungen der Minoritäten an den Völkerbund direkt von den Vertretern der Minoritäten gerichtet werden, und so zum Gegenstand einer raschen und wirksamen Prüfung von Seiten des Völkerbundes werden können, wird der Vorsitzende aufgefordert, den Rat des Völkerbundes um die Errichtung einer ständigen inneren Kommission zu ersuchen, welche die Aufgabe hätte, die Belästigungen der Minoritäten zu untersuchen und von ihnen an den Rat Bericht zu erstatten.

5. Der Bericht über die Minoritäten. Da der Rat des Völkerbundes eine ansehnliche Zahl von Beschwerden der Minoritäten erhalten hat, ist die Liga der Ansicht, daß es wünschenswert wäre, daß über diese Frage ein vollständiger Bericht ausgearbeitet werde und daß der Versammlung die Möglichkeit offen bleibe, diesen Bericht in der Septemberversammlung zu verhandeln.

6. Die offizielle Sprache. Ziehen wir in Erwägung, daß eine große Anzahl von Minoritäten sich darüber beschwert, daß ihre Sprache durch die Einführung einer einheitlichen Staatssprache in allen amtlichen Angelegenheiten ausgeschlossen, wenn wir weiter erwägen, daß die Erfahrungen der Schweiz, in Belgien und anderwärts erwiesen haben, daß die Annahme einiger offizieller Sprachen nicht unvereinbar ist mit der so-

tischen Führung der öffentlichen Angelegenheiten, ist es wünschenswert, daß in den Staaten, in welchen die sprachlichen Minoritäten einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung ausmachen, die Sprache dieser Minoritäten in allen Amtangelegenheiten zugleich mit der StaatsSprache angewendet werde. Was die kleinen Minoritäten anbelangt, so ist es notwendig, daß die Sprache der Minoritäten in allen Mitteilungen und im Verkehr amtlicher Art angewendet werde.

7. Unterricht. Da das Verweigern der Erziehung der Kinder in ihrer Muttersprache allgemeine Unzufriedenheit hervorruft und lebhafte Negation bei den Minoritäten, ist es wünschenswert, daß die Staaten anerkennen, daß der Unterricht der Kinder in ihrer Muttersprache überall dort zu geschehen habe, wo dies praktisch durchführbar ist.

8. In welchem Geiste die Verträge durchgeführt werden sollen. Im Hinblick auf die höheren Interessen, damit die friedlichen Beziehungen zwischen Minoritäten und der Einwohnerchaft, welche die Majorität in einem bestimmten Lande bildet, gesichert werden, und damit das Aufkommen oder die Erhaltung besonderer gefährlicher Gefühle des Hasses und der Rache verhindert werde, ist es notwendig, daß die Bestimmungen der Vereinbarungen, welche die Minoritätsrechte regeln, mit möglichstem Wohlwollen, Verträglichkeit und Friedfertigkeit durchgeführt werden.

Im allgemeinen entspricht die vorstehende Resolution Dickinsons durchaus den Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages, der in vielfacher Hinsicht noch darüber hinausgeht und in der polnischen Verfassung reiche Unterstützung findet. Warum war es unter diesen Umständen wohl nötig, daß die beiden polnischen Delegierten der Prager Tagung demonstrativ den Vertragsaal verlassen müssten, als man eine Resolution annahm, die nicht zuletzt auch den polnischen nationalen Minoritäten in fremdem Land zugute kommt?

Pommerellen.

12. Juni.

Grandenz (Grudziadz).

* Die Käsefabrikanten Pommerellsen hielten hier eine Versammlung ab, in welcher über eine Eingabe an den Sejm wegen Freigabe der Ausfuhr von Käseerzeugnissen verhandelt wurde. Pommerellen, mit seinen guten Weideverhältnissen, konnte seit langen Jahren große Mengen Käse produzieren. Früher wurde die Käseherstellung in den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben vorgenommen. Es wurde der sogenannte Niederungskäse hergestellt, der auch besonders durch Weichelschiffer in andere Gegenden hier ausgeführt wurde. Seit 30 bis 40 Jahren ist besonders durch Schweizer die Herstellung anderer Käsesorten, so Limburger, Tilsiter und Schweizer in größeren Käsereien eingeführt. Von dieser Ware wurden die verschiedensten Qualitäten besonders an die großen Spezialgeschäfte in Berlin abgefeiert. Käse bildete für die Provinz Westpreußen einen bedeutenden Ausfuhrartikel. Da nach der politischen Umgestaltung dieser Absatz unterblieben ist, die Ausfuhr nach andern Landesteilen unseres neuen Reichs aber nur gering ist, so entstand eine Überproduktion an Käse. In den Käsereien sind die Keller und sonstigen Vorratsräume überfüllt, und die Käse müssen abgesetzt werden, wenn sie die nötige Reife haben. Liegen sie länger, so nehmen sie nicht an Qualität zu, sondern ab. Mangelt es an Absatz, so kann der Molker nicht seine Milchlieferanten bezahlen und muß die Produktion einschränken oder gar einstellen. Das einzige Mittel, das Käseriewerke weiter lebensfähig zu erhalten, wäre die Freigabe der Ausfuhr für Käseprodukte. Es sollen die geeigneten Schritte unternommen werden.

□ Der Rollau unter den Schweinebeständen tritt in der Umgegend ziemlich stark auf. Da die Impfung recht teuer ist, wird die Schuhimpfung leider recht häufig unterlassen. Die Folgen der Unterlassung machen sich recht unangenehm bemerkbar. Leider ist in letzter Zeit die Krankheit auch mehrfach auf Menschen übertragen worden. Rätselhafte Behandlung und Impfung als Gegenmittel konnten weitere Schäden abhalten.

Thorn (Tornu).

* Nachtwagen der Straßenbahn. Vom 15. d. M. ab wird ein Motorwagen der elektrischen Straßenbahn von der Bromberger Vorstadt zu jedem Nachzuge auf den Stadtbahnhof und zurück fahren. Auf der Hauptlinie Rathaus-Bromberger Vorstadt wird vom 19. d. M. ab wieder der 7-Minuten-Betrieb eingeführt werden. Zwischen Bromberger Vorstadt und Bahnhof Moskau werden dann auch direkte Wagen verkehren. Die Neuerungen werden vom Publikum dankbar begrüßt werden.

* Preise auf dem Thorner Viehmarkt vom 8. d. M. für Pferde: ältere 60 000 bis 80 000 Mark; mittlere Arbeitspferde 150 000 bis 250 000 Mark; gute Arbeitspferde und zum Gespann 270 000 bis 350 000 Mark; bessere und Zuchtpferde 400 000 bis 600 000 Mark; Fohlen 100 000 bis 200 000 Mark. Für Schweine: Ferkel pro Paar 10 000 bis 16 000 Mark; Läuferschweine pro Stück bei 50 bis 70 Pfund Lebendgewicht 20 000 bis 25 000 Mark; bei 70 bis 100 Pfund Lebendgewicht 25 000 bis 30 000 Mark. Für Ziegen wurden 8000 bis 12 000 Mark pro Stück gezahlt. Rindvieh durfte wegen Seuchengefahr nicht ausgetrieben werden.

* Bau von Arbeiterwohnhäusern. Die Wohnungsbaugenossenschaft hat auf Grund einer Offerte den Bau der geplanten drei Arbeiterwohnhäuser in der Nähe des städtischen Wasserwerks den biesigen Unternehmern A. Rosochowicz und J. Skowronek übertragen. Ersterem liegt die Ausführung der Maurerarbeiten für die Summe von 430 750 Mark ob und letzterem die Zimmerarbeiten einschließlich Materiallieferungen für die Summe von 1 945 000 Mark. Sollten die gegenwärtigen Preise nicht wieder in die Höhe gehen, so kann man auf komplett Herstellung der drei Häuser für die vorhandenen Mittel rechnen.

* Bau der Weichsel bei Thorn. Eine Trost Holzschwamm von hier nach Brahemünde weiter. Bei dem niedrigen Wasserstand treten die durch Eisgang usw. entstandenen Schäden an den Buhnen und Böllerwerken bei der Stadt besonders deutlich zutage. Am Kai sind dadurch teilweise große Löcher entstanden. Bei den Buhnen fehlen sehr viele Steine, teilweise sind sogar die darunter gelagerten Faschen verschwunden. Viele Buhnen sind in der Mitte direkt versackt. Unter dem Wasserspiegel kennzeichnen sich deutlich neue große Sandbänke ab, die bei weiterem Fallen des Wassers in einigen Tagen zum Vorstehen kommen dürften.

* Raubüberfall. Ein Gutsverwalter aus dem Kreise Lipno (Kongresspolen) wurde Mittwoch früh auf einer Wagenfahrt nach Thorn etwa vier Kilometer vor den ersten Häusern der Stadt von zwei jungen Leuten in Militär-

uniformen überfallen und seiner Brieftasche mit 210 000 Mark sowie eines Revolvers beraubt. Die Räuber entflogen auf ihrem einspännigen Fuhrwerk.

* Ronisz (Chojnice), 9. Juni. Heute früh vier Uhr morgens wurden fünf Schleicher aus Kongresspolen von der hiesigen Kriminalpolizei angehalten und ihre Waren vorläufig beschlagnahmt.

Nienenburg (Rowe), 10. Juni. Am Donnerstag dieser Woche besuchte der Landwirtschaftliche Verein Podlitz-Luna nebst Gästen auf einer Weichselfahrt mittels Dampfer als Endpunkt Nienenburg. Leider hatten die Teilnehmer der Partie das Misgeschick, unterwegs an einer seichten Stelle des Stroms festgefahren zu werden, sodass es mehrerer Stunden und Booten bedurfte, um den Dampfer wieder flott zu machen, welcher infolgedessen erst um 5½ Uhr nachmittags hier eintraf. Nach einem Zusammentreffen im Gartenlokal Borkowski, wo die mitgebrachte Kapelle konzertierte, wurde die Rückfahrt um 7½ Uhr abends, welche später von schönem Mondlicht begleitet war, angetreten.

dr. Pelpin, 9. Juni. Einem Brandungslaut ist auf der Bahnhofstation Morrochin ein pflichtreuer Beamter zum Opfer gefallen. Der Bahnhofsvorsteher in Morrochin sah aus dem Güterschuppen Rauch aufsteigen und warnte die dort arbeitenden Beamten, welche von dem Brande noch nichts gemerkt hatten, rechtzeitig. Bei seinen Bemühungen, die von dem Brande bedrohten Güter zu retten, ist der Bahnhofsvorsteher wahrscheinlich von dem Qualm bestimmt worden und so den Flammen, welche das ganze Gebäude eingehüllt haben, zum Opfer gefallen. Er wurde vollständig verkohlt aufgefunden. Man betrachtet als Brandursache die Explosion einer Lampe.

Handels-Rundschau.

Freier Handelsverkehr zwischen dem Wilnaer Gebiet und Polen. Nachdem die Vereinigung des Wilnaer Gebietes mit Polen erfolgt ist, sind die Handelsbeschränkungen zwischen den beiden Gebieten fortan ungültig, lediglich die Bestimmungen für die Alzise- und Monopolartikel bleiben auch weiterhin bestehen.

Polnisch-japanischer Wirtschaftsvertrag. Es sind zwischen Vertretern Polens und Japans unverbindliche Verhandlungen im Gang, die einen polnisch-japanischen Wirtschaftsvertrag vorbereiten sollen. In diesem Zusammenhang steht auch die projektierte Schiffsverbündung zwischen Yokohama und Danzig.

Berliner Devisenkurse.

| Für drähtliche Auszahlungen in Mark | 10. Juni | | 9. Juni | | Münzparität |
|-------------------------------------|----------|----------|----------|----------|-------------|
| | Geld | Brief | Geld | Brief | |
| Holland 100 Gulden | 11585,50 | 11614,50 | 11285,85 | 11314,15 | 168,74 M |
| Buenos Aires 1 P. Pes. | 107,85 | 108,15 | 104,85 | 105,15 | 1,78 " |
| Belgien . . . 10 Frcs. | 2453,85 | 2456,15 | 2426,95 | 2433,05 | 81,00 " |
| Norwegen . . . 100 Kron. | 5228,45 | 5241,55 | 5093,60 | 5106,40 | 112,50 " |
| Dänemark . . . 10 Kron. | 6531,80 | 6548,20 | 6362,00 | 6378,00 | 112,50 " |
| Schweden . . . 100 Kron. | 7732,30 | 7743,70 | 7515,55 | 7534,45 | 112,50 " |
| Finnland . . . 100 Mark. | 631,20 | 632,80 | 624,20 | 625,80 | 81,00 " |
| Italien . . . 100 Lire | 1525,55 | 1529,45 | 1493,10 | 1496,90 | 81,00 " |
| England . . . 1 P. Sterling | 1333,30 | 1336,70 | 1298,35 | 1301,65 | 20,43 " |
| Amerika . . . 1 Dollar | 295,62 | 297,38 | 288,88 | 289,62 | 4,20 " |
| Frankreich . . . 100 Frcs. | 2688,60 | 2693,40 | 2621,70 | 2628,30 | 81,00 " |
| Spanien . . . 100 Peset. | 5670,40 | 5684,60 | 5523,05 | 5536,95 | 81,00 " |
| Spanien . . . 100 Peset. | 4633,10 | 4635,90 | 4564,25 | 4575,75 | 81,00 " |
| Deutsch-West. abgest. | 1,78 | 1,83 | 1,95/ | 1,99/ | 85,06 " |
| Prag . . . 10 Kron. | 570,25 | 571,75 | 563,75 | 565,25 | 85,06 " |
| Budapest . . . 100 Kron. | 32,35 | 32,57 | 32,60 | 32,7 | 81,06 " |

Kurse der Posener Börse.

| Offizielle Kurse. | 10. 6. | 10. 6. |
|---|---------|------------------------------------|
| 3½% Polen. Börsbriefe C und ohne Buchstaben | — | Stac. Ceg., Grabowice. |
| 2% Polen. Börsbriefe. | — | Hutownia Drogerjyna (o. Bezugser.) |
| Buchstäbe D u. E. u. neue B.Zwiazku (Börsb.) I-VII. | 210 | Wytwornia Chemicyna I-II III |
| B.Zwiazku (Börsb.) VIII. | 335-360 | Drewo Wron |

Bestellungen auf
Ia Torf (bekannte
Qualität)
für Zentralheizungen und Hausbrand bes. geeignet
nehmen zur Lieferung frei Haus entgegen.
Hartmann & Abel
ul. Korneckiego 4 :: Tel. 626.

Nur durch „Polonia“
die Firma 5752
in Bydgoszcz, Dworcowia 52, Telefon 1313
können Sie Ihr Grundstück schnell und vorteilhaft verkaufen.
Reflektanten Amerikaner stets vorhanden.

Größtes Unternehmen am Platze. :: 2 Minuten vom Bahnhof.

Achtung! :- Landwirte!

Billigste Preise beim Kauf unserer Fabrikate!

Erstklassige dreimessrige

Häcksel-Maschinen

Messer aus bestem Stahl geschmiedet.

Leichtzug, Breitdreschmaschine.

stärkster Bauart.

Groß. Lager in Milchseparatoren

Reparaturen an Maschinen aller Art
schnell und billig.

Maschinenfabrik und Eisengießerei

Mielke, Chodzież

(Kolmar).

Für durchschlagende Neuheit gleich bill. Metall-
artikel der Zigarettenbranche sucht

Teilhaber mit 1 Million Mf. poln.

Glänzende Verdienstmöglichkeit. Offert u. „Million“
an Nekama Polka, Poznań, ul. Marcinkowskiego 6.

Mit 1000 000 Mf. p.

und Mitarbeit

(Buchhalter evtl. Korrespondent) beteiligt sich Pole
an rentablen Unternehmen. Angebote erb. unter
Nr. 10857 an Annenbüro „Par“, Poznań,
ul. 27. Grudnia 18.

7103

Prima 7013 Mein Verwandter in
Tilsiter so wie
ff. Butter Deutschland sucht eine
Landwirtschaft
hat ständig abzugeben
Molkereigenossenschaft
Prusica, pow. Siewieki.

Holz-Tonnen
aus genutzt. Stäben,
74 cm hoch, 30 cm
Durchmesser, 37 Ltr.
Inhalt, 74 cm hoch,
20 cm Durchmesser,
17 Ltr. Inhalt, mit
Deckelverschluss, hat
in größeren Mengen
abzugeben, frei Wagen
und Bahn (5500)

A. Medzeg
Gordon - Weichsel
Telefon 5.

Umrüge und Geschenke
förderung wird
billig ausgef. Karawary,
Jagiellonista 37.

8801

An. n. Verkäufe

für Amerikaner
suchen wir:

Häuser, Villen, Güter,
Landwirtschaften,
Handelsgeschäfte usw.

Dom Handlow
Dworcowa 13. Tel. 780.

Rolumbia

Bermittlungsbüro
Ein- und Verkauf von
Häusern, Fabrik, Gütern,
Wirtschaften, Mühlen,
Villen u. Geschäftshäusern

ständig in großer Aus-
wahl. Spezialität: groß
Besitzungen.

Gammstr. 8.

Wollen Sie

verkaufen?

Wend. Sie sich vertrauens-
voll an S. Kuszowski,
Dom Osadnicza, Polnisch-
Amerikanisches Büro für

Grundstückshandel, Herm.
Frankef. 1a. Tel. 885. 5754

Laufschuhelegenheit

nach Deutschland!

Landwirtschaft vor ca.
65 Morgen erstl. Land,
in bester Kultur. Besitzer
ist mein Verwandter und
möchte gern nach Polen

mit einer Landwirtschaft
tauschen. Tauschlustigen
erteilt Auskunft

Jarłowski, Roboł, Göttingen,
Wrocław, pow. Sepolno.

7124

U. Wieczorek
Grundstücks-Vermittlung
Bydgoszcz,
Dworcowa 78. 6016 Telefon 825.

Achtung!
An- u. Verkauf von Stadt- u. Land-
grundstücken sowie Fabriken, Mühlen,
Bäckereien, Fleischereien usw.
A. Wyrwicki i Ska., Bydgoszcz,
ul. Niedzwiedzia 8. Telefon 388. 6724

Biele Reisen
nach Landstellen,
sößen, Landgästen, sind vergebens, wenn die
Vermittlung nicht in Händen von Fachleuten liegt.
bei uns werden nur Landwirte beschäftigt.
Wenden Sie sich sofort an den

Norddeutschen Gütermarkt

Hamburg, Stein-damm 51
und Sie erhalten, wie schon so viele Abwanderer
des Ostens einen Platz in der von Ihnen ge-
wünschten Größe und Güte.

Prima 7013 Mein Verwandter in
Landwirtschaft

mit 8-10 Zimmern in Bydgoszcz zu kaufen gesucht.
Angeb. an M. Ganzen, Chrobrego 8. Tel. 1232.

Amerikaner sucht gutes
Landwirtsch. - Grundstück

mit gutem Boden in Größe von 30-50 Morgen,
auch Anstellung zu kaufen. Off. an die Geschäfts-
stelle der Wydziały Zeitung erbeten.

Klempnerei u. Installationsgeschäft

mit Wohnung zu kaufen gesucht. Offert. unter
Nr. 7197 Rudolf Ploss, Berlin, Lauensteinstr. 2.

Klavier u. Geldschrank

mit Firma und Preisangabe, wie auch alte
Mahagonimöbel zu kaufen gesucht.

Offerten unter Nr. 8806 a. d. G. d. 3.

Habe in Deutschl. geleg.
Landwirtschaften.

Geschäftsr. in reicher
Auswahl zum sofort. Ankauf.

Gut. Gebr. Grdt. (Welt.)
D. 62. 40-50 Mrg. n.
Rufft. od. Riqu. Grdt. v.
20-25 Mrg. z. sofort. Ankauf.

Grundstück

etwa 5% Morgen guter
Boden, mit guten Ge-
bäuden u. schönem Obst-
garten. Anfragen zu rich-
ten unter Nr. 7093 an die

Geschäftsstelle dieser Stg.

Wer infolge Optionen

Grundstücke

jeder Art geg. deutsche Ob-
seite vertausch. od. ver-
will. wende sich an die

Deutsche Landwirt-
schaftskant. Berlin N. 24.
Friedrichstr. 131 d. 7091

Deutscher Handwerk-
meister sucht z. sofort. oder
später möglichst in deut-
scher Gegend in Pom-
merell.

Grundstück

passend für mittlere Tisch-
lerei mit Maschinenbetrieb
zu kaufen. Späterer
Kauf vorbehalten. Offe-
nen unter Nr. 7078 an die

Geschäftsst. d. Stg. erb.

Eine komplette

Ammoniat-Kühl-anlage

mit einer Leistung von 60000 Kalorien pro Stunde,
bestehend aus Dampfkessel, 50 P.S. Dampf-
maschine, Ammonialompresoren, Verdampfer
als Generator ausgedrückt — Berie-
lungsführer, Schwärmeführer mit sämtlichen
Reiserödern und Rohrleitungen im ganzen ob-
auch geteilt zu verkaufen. Anfragen erbiten
entweder an die Brauerei v. Bautzner,
Danzig, Pfefferstadt oder an Danziger
Athen-Bierbrauerei, Danzig-Langfuhr.

50 Stück Heizkörper

à 20 m lang, 160 mm lichte Weite, hat abzugeben
Dampfkesselwerk Hohenholm (Kapuscisko).

3 Motore

geeignet für Boot oder Wagen
1 x Durch 8/26 1 x Feldmann 10/28 1 x Vorley 10/30

verkauft sofort

Autobus, Jagiellonista 12.

Kauf ständig

Ausgeföhntes Frauenhaar.

Dworcowa (Bahnhofstr.) 15 a (Haargeschäft).

Kesselfertige Stubben

5000 Zentner kaufen und erb. Angeb. mit Preis frei

Wagen od. Rahmen Bydgoszcz

m. Ganzen, Chrobrego 8. Tel. 1232.

5880

Raupe sämtl. Flaschen

auch Korbflaschen und Bruchglas.

Hurtownia butelek,

Tel. 1448. Aröl. Jodwig 6. Tel. 1448.

Zuchtkute, 8-jähr., mit
Zohlen, 4 Mon. 1 Stut-
zohlen, 14 Mon. verlt.

R. Hammermeister,
Bronimira M. (Al. Met-
rower), bei Zbigniew-
ow. Nowrockow. 8915

Gold, Silber

Brillanten, laut B. Grawunder,
Bahnhofstr. Nr. 20.

Die Gold, höchsten Silber u.

Breite Uhren

zahlen wir aus
für Edelmetalle

Fa. „Chronos“,
Salzgitter segarmistrz.

Starý Rynek 21. 1 Tr.

Altenteich 3. 1. gef. Angeb.
u. A. 8889 a. d. Gt. d. Bi.

Bogelgebauer m. Ständ.
und Sachen a. vt.

Danaijerstr. 2. Hof v. r. 8749

Ausgel. Haar
kauf Demitter, Aröl. Jodw. 5

Angabe

Flaschen

u. zahlreiche die höchste Preise.

Off. u. A. 7064 a. d. Gt. d. St.

Flaschen

Rotwein, Cognak, Weiß-
Moselwein, Sekte, Likör-
flaschen, circa 1500 Stk.

abzugeben. Off. m. Preis-
angabe erb. unt. v. 7065

an die Geschäft. d. Zeitg.

Scheibenbüchse

St. 5. Verl. Off. u. G. 7117

an d. Geschäft. d. Stg.

Gebräute gut erhalten,

zahntechnische

Instrum., Maschinen

u. Stahl zu kaufen gesucht.

angebote u. A. 7123

an die Geschäft. d. Zeitg.

Zuckerkugeln

zu verkaufen.

Franz Elbertowski,

Aröl. Dąbrówka.

vocata Niwald, powiat

Grudziądz.

Ausgel. Haar

kauf Demitter, Aröl. Jodw. 5

Angabe

Flaschen

u. zahlreiche die höchste Preise.

Off. u. A. 7064 a. d. Gt. d. St.

Flaschen

Rotwein, Cognak, Weiß-
Moselwein, Sekte, Likör-

flaschen, circa 1500 Stk.

abzugeben. Off. m. Preis-
angabe erb. unt. v. 7065

an die Geschäft. d. Zeitg.